

A255

Ein kommunitaristischer Ansatz gegenüber dem Sozialstaat

Amitai Etzioni, Washington/USA

Der Autor gilt als einer der Väter des Kommunitarismus und ist Professor, Gründer und Direktor des Communitarian Network an der Univ. Washington/USA. Aus seinem Vortrag im Ersatzplenarsaal Wasserwerk des Bundestages am 7. 10. 1996 in Bonn drucken wir eine gekürzte Fassung kommentarlos ab. Wir verweisen außerdem auf den informativen Artikel »Kommunitarismus - rechte - linke Trend-Ideologie«, TuP 12/96.

(Red.)

Kommunitarisierung: Ein Balanceakt mit historischem Kontext

Der Kommunitarismus ist eine Philosophie, die sich sowohl von der Sozialphilosophie der Konservativen als auch der der Sozialdemokraten erheblich unterscheidet. Das Gleiche gilt für die kommunitaristischen Empfehlungen zum Sozialstaat. Der Kommunitarismus wird am besten als zweite Umweltbewegung verstanden; während die erste sich in erster Linie auf den Schutz und die Stützung der Umwelt konzentriert, ist das Hauptanliegen der Kommunitarier das Wesen der Gesellschaft, die morali-

schen, sozialen und politischen Fundamente der Gesellschaft. Sie versuchen, diese Fundamente eher durch demokratische und moralische Dialoge als durch das Aufzwingen von Werten kraft Gesetzes zu stützen, wie die Theokratien, wie der Iran und wie es einige vom religiösen rechten Flügel in den USA versuchten.

Der Kommunitarismus ist keine »amerikanische« Idee. Kommunitaristische Ideale und Ideen sind in der gesamten Geistesgeschichte, unter anderem im Alten Testament, in den Schriften der alten Griechen und denen der katholischen Kirche zu finden. Ferner finden sich kommunitaristische Elemente in der sozialdemokratischen Tradition von Solidarität und kollektiver Verantwortung, in der Bedeutung, die die Konservativen den Tugenden beimessen, und im Engagement der »Grünen« für die Umwelt als gemeinsames Gut. Ich selbst wurde in Deutschland und Jerusalem erzogen und stark durch einen Philosophen beeinflusst, der selbst weitgehend durch Europa, vor allem aber Deutschland, geformt wurde: Martin Buber. Zwar muß jede Gesellschaft die kommunitaristischen Ideen ihren eigenen besonderen Umständen anpassen, aber die grundlegenden Ideen sind dieselben.

Wie ich es sehe, leben wir in einem historischen Kontext, in dem das Pendel von zu viel Kollektivismus, Hierarchie, Befehl und

Kontrolle zu zuviel Ichbezogenheit, Anspruchsdenken und einem schwindenden Engagement für das Gemeinwohl geschwungen ist. Vor allem in Deutschland müssen wir die zwanghafte Fixierung auf die Vergangenheit beiseite tun und erkennen, daß es nicht mehr genug ist, die Freiheit zu feiern, sich für die Rechte zu engagieren und sich wachsam vor allen Zeichen eines Abrutschens in den Totalitarismus von rechts oder links zu hüten. Eine solche Fixierung behindert die Untersuchung der Notwendigkeit, mehr gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, mehr Engagement für das Gemeinwohl und die ganze Gemeinschaft zu zeigen.

Ich bin hier der Meinung von Rudolf Scharping, der sagte, es sei an der Zeit, an die Stelle der Frage »Freiheit wovon« die »Freiheit wozu« zu setzen.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Forderung nach mehr öffentlicher Gesinnung abzulehnen. Die Gesellschaften müssen ständig ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und sozialer Ordnung, Rechten und Pflichten herstellen und vor allem sich genau gegen die Richtung stemmen, in die die Geschichte sie drängt.

Die Grundhaltung

Die Kommunitarier schlagen ein neues Sozialethos vor, das unser Nachdenken über die Zukunft des Sozialstaates leiten soll. Dieses Ethos verbindet die nachdrückliche Forderung, daß die Menschen ihren persönlichen und gesellschaftlichen Pflichten gerecht werden, mit der Erkenntnis, daß die Gesellschaft als Gemeinschaft weiterhin das Wohl ihrer Mitglieder gewährleisten wird.

Denen, die andere für die Tatsache verantwortlich machen, daß es immer noch Arme und andere gesellschaftliche Übel gibt, entgegnen die Kommunitarier, daß niemand nur ein hilfloses Opfer ist. Es gibt in allen sozioökonomischen Schichten hart arbeitende, moralisch aufrechte Menschen. Niemand sollte davon befreit werden, nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag zum eigenen Fortkommen zu leisten (und die Belastung der Gemeinschaft zu

reduzieren). Das bedeutet, daß einige Leistungen, die heute der Sozialstaat bietet, von den Menschen selbst übernommen werden könnten.

Gleichzeitig erwidern die Kommunitarier denen, die die allzu offensichtlichen gesellschaftlichen Übel lediglich als Zeichen persönlicher moralischer Verderbtheit betrachten, daß es sozioökonomische Bedingungen gibt, die einen ungebührlich hohen Preis von den Individuen fordern. So sollte ein Arbeitnehmer, der, bedingt durch den technologischen Wandel, seinen Arbeitsplatz verliert und keinen anderen, selbst schlechter bezahlten, findet, »diesen Preis des Fortschritts« nicht allein tragen müssen. Daher muß die Gesellschaft weiterhin diese Lasten mittragen. Daraus folgt, daß die Bestrebungen, den Sozialstaat abzuschaffen, ungerechtfertigt sind.

Diese Erwägungen führen zu dem Vorschlag, daß ein starker, aber reduzierter Kern des Sozialstaates erhalten bleiben sollte, während andere Aufgaben den Individuen, Familien und Gemeinschaften übertragen werden sollten. Der beste Weg zum Schutz und Erhalt des Sozialstaates besteht darin, ihn nicht länger durch die Schaffung immer neuer Leistungen und immer neuer Forderungen zu überlasten.

Ein Schlüsselbeispiel ist der erwartete Anstieg des Anteils der alten Menschen in der Gesellschaft. Wenn man immer mehr alte Menschen in Alters- und Pflegeheimen institutionalisiert, wenn sich die Moralvorstellungen so ändern, daß akzeptabel wird, daß Familien sich nicht um die Betreuung ihrer Alten kümmern müssen, daß dies eine Aufgabe des Staates ist, dann kann allein diese Zunahme der Forderungen der Gesellschaft ausreichen, um das Schiff Sozialstaat zum Sinken zu bringen.

Ich stimme hier mit der grundsätzlichen Aussage von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf überein, nach der im Grunde der Trend der letzten Generationen an einem Endpunkt angelangt ist, in dessen Rahmen die Familien und Gemeinschaften immer mehr ihrer früheren Aufgaben auf den Staat abladen und wir dies durch hohe Steuern bezahlen. Wir haben heute den unerträg-

lichen Zustand erreicht, daß immer mehr Menschen meinen, einen Anspruch auf zahlreiche, immer kostspieligere, staatliche Leistungen zu haben, aber nicht mehr bereit sind, über noch höhere Steuern mehr für sie zu bezahlen.

Es wurden verschiedene Lösungen für dieses Paradox vorgeschlagen, die meiner Überzeugung nach illusorisch sind. Zum einen der Verkauf von Vermögenswerten im Staatsbesitz zur Deckung der Defizite im Sozialstaat. Zum anderen rascheres Wirtschaftswachstum, wodurch sowohl die Einkommen wüchsen als auch der Bedarf an Leistungen sänke. Tatsache ist jedoch, daß der Bedarf an Leistungen und deren Kosten rascher wachsen, als das Bruttoinlandsprodukt gesteigert werden kann. Und unserer Fähigkeit, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, ohne dadurch die Inflationsraten in inakzeptable Höhen zu treiben, sind klare Grenzen gesetzt.

Ein weiterer Ansatz bestünde in der Beschneidung der Leistungen und Ansprüche, die in jüngster Zeit eingeführt wurden. Natürlich sind Beschneidungen möglich, vor allem in einer Gesellschaft, die über eine sehr umfangreiche Palette von Leistungen und Ansprüchen verfügt. Es gibt jedoch sowohl wirtschaftliche als auch psychologische Grenzen für ein derartiges Vorgehen.

Wichtig ist die Tatsache, daß eine lange Reihe stetig eskalierender Leistungskürzungen psychologisch bedrohlich ist und politisch explosive Wirkung hat. Zwar gibt es gegenwärtig relativ wenig Proteste wegen Leistungskürzungen, wenn jedoch eine demokratische Regierung durch tausend Einschnitte immer mehr den eigenen Ast absägt und ihre Bürger immer wieder erfahren, daß sie diese oder jene Leistung verloren haben, dann wird einmal ein Punkt erreicht sein, an dem die Regierung abgewählt wird und eine neue Regierung den entgegengesetzten Kurs einschlägt – oder die demokratische Ordnung ist in Gefahr. Wir müssen nach Ansätzen suchen, die weniger strafen, weniger negativ sind und humanere Methoden umfassen. Der kommunitaristische Ansatz will im Kern positive,

lohnende und moralische Motive für Individuen, Familien und Gemeinschaften bieten, EINIGE der sozialen Aufgaben zu übernehmen. Damit schützt er den Sozialstaat und das Staatswesen.

Im Rahmen dieses Ansatzes stützen sich die Kommunitarier auf das Subsidiaritätsprinzip, nach dem zuständig ist, wer den Umständen, die ein Handeln erfordern, am nächsten ist; die Lasten werden den Bedürfnissen entsprechend durch das Ziehen immer weiterer Kreise weiter geteilt.

Teilung der Pflichten

Erstens ist unter allen sozioökonomischen Bedingungen an erster Stelle die betroffene Person zuständig.

Niemand ist von dieser Regel ausgenommen. Eine aus einigen der führenden ärztlichen Autoritäten und Ethikern bestehende kommunitaristische Arbeitsgruppe zu den Themen Werte und Gesundheitsfürsorge entwarf ein extremes Beispiel, um diesen Punkt zu testen. Nehmen wir an, sagten sie, daß ein infolge eines Autounfalls Querschnittgelähmter an ein Krankenhausbett gebunden ist. Er ist nur noch in der Lage, mit einem bleistiftähnlichen Stäbchen die Seiten eines Buches umzudrehen. Man könnte aus Gründen des Mitleids argumentieren, daß das von dem armen Mann nicht verlangt werden sollte, und daß ihm eine HelferIn zugeordnet werden sollte, die ihm Seiten umdreht. Nach Ansicht der Kommunitarier sollte von diesem bettlägerigen Mann jedoch erwartet werden, daß er aus Gründen sowohl der Würde, die daraus resultiert, daß man zu seinem eigenen Wohlbefinden beiträgt, als auch der damit einhergehenden Reduzierung der Belastung anderer, tut, was er angemessenerweise selber tun kann.

Dasselbe gilt für Drogensüchtige, Arme, Ungebildete und Behinderte: Niemand ist davon befreit, einen eigenen Beitrag zu leisten. Bezüglich der Gesundheitsfürsorge ist festzustellen, daß durch ärztliche Versorgung die Lebenserwartung oder Lebensqualität viel weniger erhöht wird als durch eine verantwortungsbewußte Lebensführung. Mit anderen Worten: durch rela-

... einfache Änderungen in den Lebensge-
... nheiten könnte die Lebenserwartung
... 11 Jahre erhöht werden; dabei darf
... nicht vergessen werden, daß zwischen
... 1950 und 1966 die Lebenserwartung im
... Alter von 65 Jahren nur um 2,7 Jahre gestie-
... gen ist.

... könnten aufgrund dieser Tatsachen die
... moralische Forderung an alle richten, das
... Suchen aufzugeben, den Alkohol- und
... Drogenmißbrauch einzustellen und nur
... für den Sex zu praktizieren.

... ausgehend von diesem Gesichtspunkt sind
... Kampagnen zur öffentlichen Bildung, durch
... die die Menschen aufgefordert werden,
... ihren Lebensstil zu ändern, Maßnahmen
... zur Förderung von Selbsthilfegruppen
... sowie höhere Steuern auf gesundheitsge-
... fährdenden Produkten der Beschneidung
... von Leistungen bei weitem vorzuziehen.

... Das Argument, wir sollten den unteren Klas-
... sen nicht die wenigen Vergnügen nehmen,
... die das System ihnen läßt, ist so grausam
... wie kurzsichtig. Keiner, der einmal einen
... 40-jährigen mit Lungenkrebs um Luft ringen
... sieht, der ein Kind kennt, das ein Elternteil
... kurzzeitig verlor, einen Patienten an AIDS
... dahinsiechen sah oder jemanden kennt,
... der in einem Alkoholikerhaushalt auf-
... wuchs, würde derartigen ideologischen
... Unsinn verbreiten.

... Sollte die Gesellschaft aus Gründen der
... Gerechtigkeit tatsächlich nicht nur für
... Sicherheit, Subsistenz und Gesundheit, son-
... dern auch für Vergnügen sorgen müssen,
... dann lassen sie uns den Leuten Kinokarten
... oder sogar Tickets für Football-Spiele kau-
... fen, dabei jedoch trotzdem unsere unein-
... geschränkte Erwartung vermitteln, daß sie
... ihr Leben in Ordnung bringen.

... Vor allen die Sozialarbeiter dürfen nicht
... länger jeden Lebensstil, auf den sie treffen,
... rechtfertigen. Sie sollten kritisch sein, wenn
... auch nicht im Sinne von böseartig oder
... unsensibel. Sie sollten klar und eindeutig
... gesunde, verantwortungsbewußte Lebens-
... arten befürworten. Die Erhebung kleiner
... Abgaben bei jenen, die auf gesellschaftliche
... Botschaften nicht reagieren, ist gerecht-
... fertigt.

In den USA haben einige private Kranken-
... versicherungen den monatlichen Beitrag
... von Nichtrauchern um \$ 12,50 reduziert,
... was natürlich einer Strafgebühr für Raucher
... in Höhe von \$ 12,50 entspricht. Während
... im allgemeinen Erhöhungen der Nutzerge-
... bühren und Mitversicherung einer regres-
... siven Besteuerung gleichkommen, sind
... kleine Abgaben auf »sündigem« Verhalten
... eine richtige und wirksame Methode, die
... Werte der Gesellschaft zum Ausdruck zu
... bringen.

Zweitens haben wir Pflichten inner- halb unserer Familie.

Die moderne Gesellschaft tendiert dazu,
... den Familien Pflichten abzunehmen und
... diese öffentlichen Einrichtungen zu über-
... tragen, z. B. indem in jüngster Zeit immer
... mehr und immer jüngere Kinder in Kinder-
... betreuungseinrichtungen und immer mehr
... Kranke und Alte in Pflegeheime gesteckt
... werden. Diese schleichende Institutionali-
... sierung der menschlichen Beziehungen ist
... ein wesentliche Ursache für die steigenden
... Sozialausgaben. Das Problem läßt sich
... lösen, indem die Familien Teile dieser Pflich-
... ten, vor allem bezüglich der Kleinkinder
... und der Kranken und Alten, die zu Hause
... gepflegt werden können, wieder über-
... nimmt.

Durch diesen Ansatz würden nicht nur die
... Staatsausgaben gesenkt und die Familie
... gestützt, die verfügbare Leistung ist unter
... den meisten Umständen auch persönlicher
... und weniger anfällig für Mißbrauch als
... staatliche Leistungen. Um diesen Ansatz
... praktikabel zu machen, müssen Regelun-
... gen getroffen werden, die es den Familien
... leichter machen, ihre Pflichten zu erfüllen,
... z. B. umfassendere Einführung von flexiblen
... Arbeitszeiten, Job-Sharing, technische Vor-
... richtungen, die es ermöglichen, von zu
... Hause aus zu arbeiten usw.

Damit wir uns mehr als bisher auf die Fami-
... lien stützen können, müßte die Bildung von
... Elternkooperativen gefördert werden, in
... denen Väter und Mütter abwechselnd
... Gruppen von Kindern oder alte Familien-
... angehörige entweder ganz allein oder
... durch Mithilfe in staatlichen Kinder- und
... Altentagesstätten betreuen.

Drittens haben wir Pflichten innerhalb unserer Gemeinschaft.

Menschen, die in einer Gemeinschaft leben, leben länger und sind gesünder und glücklicher als Menschen, die ein einsames Leben führen. Allein diese Tatsache läßt zu dem Schluß kommen, daß Gemeinschaften ein gesellschaftliches Wunder sind, das das menschliche Leben verbessert und die öffentlichen Ausgaben senkt.

Außerdem können Gemeinschaften allein (oder mit der Hilfe der reicheren Gemeinschaften) verschiedene Aufgaben (oder Teile davon) erfüllen, die heute weitgehend vom Staat getragen werden.

Die Nachbarn können eine wesentliche Rolle bei der Verbrechensverhütung spielen, Überwachungsaufgaben übernehmen. *Hilfsdienste in medizinischen Notfällen leisten und Feuer bekämpfen.*

Freundeskreise und Selbsthilfegruppen können den Bedarf an Sozialarbeit und bestimmten Formen psychiatrischer Gesundheitsdienste reduzieren und eignen sich besonders gut für den *Kampf gegen Süchte*, vor allem gegen den Alkoholismus. Bürgervereine können Kredite gewähren, Immigranten helfen, sich zu integrieren, und Schütler betreuen.

Um diesen Punkt zu unterstreichen, mag folgendes Gedankenspiel nützlich sein: Stellen Sie sich vor, sie sind der Gesundheitsbeauftragte einer Großstadt. Sie erfahren, daß ein Patient, der einen Herzinfarkt hatte, binnen vier Minuten in ein Krankenhaus gebracht werden muß, soll das Gehirn nicht irreversibel geschädigt werden. Nach Ihrer Berechnung belaufen sich die Kosten für die Löhne für neue Krankenwagenteams in der ganzen Stadt, die an sieben Tagen der Woche in drei Schichten Dienst tun, auf viele Millionen Dollar. Sie schlagen dem Bürgermeister vor, den Haushaltstitel für Gesundheitsausgaben entsprechend zu erhöhen, was er für unmöglich hält.

Die Stadt fand folgende Lösung für dieses Problem. Die Stadt bildete 400 000 Bürger in CPR aus, wodurch das Herz wieder zum Schlagen gebracht wird. Innerhalb einer Minute kann praktisch überall, zu jeder Zeit

und kostengünstig für die Stadt ein Freiwilliger ein Herzinfarktopfer erreichen. Die Massenausbildung der Bürger in CPR trug dazu bei, Seattle zu einer Stadt zu machen, in der die Menschen einander retten; ein Ort, an dem sich die Bürger bei den CPR-Auffrischkursen kennenlernen und ein Ort, an dem die Menschen stolz auf ihren kommunitaristischen Geist sind. Kein Wunder, daß Seattle in den USA die höchste Rate an freiwilligem Recycling vorzuweisen hat (69%), wodurch die öffentlichen Ausgaben natürlich weiter gesenkt werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Übernahme einiger Aufgaben, die in der Vergangenheit vom Staat erfüllt wurden, seitens der Gemeinschaft nicht als Verrat am sozialen Engagement, als strafweiser Rückzug vom Sozialstaat, sondern als Chance für gesunde Gemeinsamkeit und ein Weg betrachtet wird, durch praktische Anwendung Gemeinschaftssinn zu entwickeln.

Zwar ist Seattle eine Stadt mit besonders ausgeprägtem Gemeinschaftsgeist, kommunitaristische Elemente finden sich jedoch in vielen amerikanischen Städten (einschließlich ärmeren), bei den Angehörigen ethnischer Gemeinschaften (die sich oft selbst um ihre Mitglieder kümmern) und – wenn auch in geringerem Umfang – in europäischen Städten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in Deutschland nicht möglich sein sollte, größeres Vertrauen zu kommunitaristischer Gegenseitigkeit bei den Leistungen zu fördern. Das konservative Argument, das oft auf Individuen und Familien angewandt wird, gilt eigentlich für Gemeinschaften: je weniger der Staat ihre Aufgaben übernimmt, desto mehr werden sie selber tragen. Nützlich ist jedoch, wenn die moralischen, sozialen und psychologischen Vorteile einer auf der Gemeinschaft basierenden Gegenseitigkeit klar erkannt werden.

Es heißt manchmal, das Prinzip freiwilliger, ehrenamtlicher Arbeit sei eine grundlegende amerikanische Tradition, und in der Regel werde viel der unentgeltlichen Arbeit in den Gemeinschaften von Frauen geleistet. Da heute immer mehr Frauen außerhalb des Haushalts arbeiten, kann man sich für viele dieser Leistungen nicht mehr auf die

Gemeinschaft stützen. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß (a) viele der Leistungen, auf die ich mich beziehe, nicht auf Nächstenliebe oder Altruismus sondern auf Gegenseitigkeit beruhen. Im Rahmen einer Nachbarschaftswache (crime watch) z. B. achtet jeder Nachbar auf den Besitz des anderen; (b) in dem Maße, in dem die Zahl der alten Menschen zunimmt, und vor allem, wenn immer mehr von ihnen in der Gemeinschaft integriert bleiben, werden sie viele Gemeinschaftsaufgaben übernehmen können und tun dies bereits.

Viertens haben wir Pflichten gegenüber der Gesellschaft als Ganzes.

Grundlegende Hypothese: viele Sozialleistungen werden weiterhin vom Staat bezahlt werden müssen; der Staat kann seine Aufgabe jedoch am besten erfüllen, wenn andere Partner – Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften – einen größeren Anteil übernehmen. Dieser partnerschaftliche Ansatz hebt sich vorteilhaft von der Privatisierung der Sozialdienste oder Bedürftigkeitsprüfungen ab. Diese Ansätze gefährden das grundlegende soziale Netz, da Privatisierungen und Bedürftigkeitsprüfungen die öffentliche Unterstützung für Sozialleistungen untergraben. Und die bedürftigeren Gemeinschaften brauchen die Hilfe reicherer Gemeinschaften, und eine solche Umschichtung der Mittel wird am besten vom Staat übernommen. Der Staat wird Hauptstütze des sozialen Netzes sein können, wenn die anderen Partner die Verantwortung für einen Teil der Aufgaben übernehmen.

a) Daher sollten alle spezifischen Sozialpolitiken so umstrukturiert werden, daß die anderen Partner ermutigt werden, ihren Teil zu übernehmen, und davon abgebracht werden, sich auf den Staat zu verlassen.

Beispiel: In Deutschland wird der Anteil alter Menschen erheblich steigen. Es wird einen gewaltigen Unterschied ausmachen, ob die meisten von ihnen mit der Hilfe eingeschränkter staatlicher häuslicher Pflegedienste zu Hause betreut werden oder ob sie einfach in staatlich finanzierten Einrichtungen abgeladen werden. Ich möchte

darauf hinweisen, daß ein häuslicher Pflegedienst viel individuellere Betreuung bietet und weniger anfällig für Mißbrauch ist als staatlich finanzierte Einrichtungen.

b) Die Regierung sollte die *Einrichtung von häuslichen Pflegediensten erleichtern und das Abschieben alter Menschen in Pflegeheime erschweren*, z. B. indem eine Einweisung von einem aus drei Ärzten bestehenden Gremium genehmigt werden muß; zudem sollten Statistiken darüber geführt werden, wieviele Einweisungen jedes Gremium genehmigt.

c) Die Regierung könnte die Gemeinschaften in die Lage versetzen, mehr soziale Aufgaben auf kompetentere Weise zu übernehmen, indem sie an einzelne Gemeinschaften Informationen über die besten *Praktiken* und Erfolgsberichte sowie Informationen über andere Gemeinschaften weitergibt, die Sozialleistungen auf gemeinschaftlicher Basis entwickeln, und indem sie *Gemeinschaftsorganisatoren ausbildet* und *Startkapital* für neue Formen von Sozialleistungen gewährt.

d) Eine größere Herausforderung stellt die Idee dar, daß die Regierung allmählich dazu übergehen sollte, denen, die in der Lage sind zu arbeiten, statt Sozialhilfe Lohn für Arbeiten im Dienste der Allgemeinheit zu zahlen; von körperlich leistungsfähigen Empfängern von Sozialleistungen sollte zumindest in gewissem Umfang ein Dienst an der Allgemeinheit gefordert werden.

Würde die Regierung künstlich Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft schaffen, wäre dies sehr kostspielig und würde meist scheitern. An die Privatwirtschaft gerichtete Mahnungen und Aufforderungen, mehr Arbeitsplätze, z. B. Lehrstellen, zu schaffen, haben offensichtlich nichts bewirkt. Alle diese Bemühungen müssen durch eine große und weiter wachsende Zahl von Arbeitsplätzen im Dienste der Allgemeinheit ergänzt werden.

e) *Umstellung von einem System der Arbeitsplatzsicherheit in einem bestimmten Werk oder Betrieb zu einem System der Arbeitssicherheit*, in dem allen Arbeit entweder in der Privatwirtschaft oder in der Gemeinschaft versprochen wird, jedoch

nicht zwangsläufig zu genau demselben Lohn und mit denselben Vergünstigungen wie bei der vorherigen Arbeit. Ohne einen derartigen Wandel würde der Verzicht auf Gehaltserhöhungen und Vergünstigungen im Austausch für mehr Arbeitsplatzsicherheit zu einer weiteren Reduzierung der Flexibilität der Arbeitnehmer führen. Die Schaffung eines Arbeitssicherheitssystems würde eine Kombination von Beiträgen von Privatunternehmen und öffentlichen Mitteln für Umschulung erforderlich machen; Gehälter und Vergünstigungen kämen aus dem Sozialhaushalt.

f) Die *Steuergesetze* sollten so geändert werden, daß es für Deutsche attraktiver wird, *Stiftungen* zu gründen.

g) Es sollte sichergestellt werden, daß die Arbeitnehmer nicht die einzigen sind, die einen Beitrag zu den erforderlichen Änderungen leisten. Eine erhöhte Flexibilität des Kapitals ist ebenso wichtig wie eine größere Flexibilität der Arbeitnehmer. Es sollten zusätzliche Maßnahmen zur *Schwächung von Kartellen* erwogen werden. Und es müssen Schritte erwogen werden, durch die sich garantieren läßt, daß die Gewinne infolge geringerer Lohnkosten, erhöhter Flexibilität der Arbeitnehmer und gesteigerter Produktivität *allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommen* und nicht nur den Aktionären und Führungskräften nutzen.

Ein neuer Geist – was ist eine gute Gesellschaft?

Vieles von dem, was oben skizziert wurde, erfordert einen neuen Geist. Die Politiker können die wichtige Aufgabe erfüllen, den nationalen Dialog auf die Frage auszurichten, was eine gute Gesellschaft ist. Um wirklich eine neue Richtung einzuschlagen, benötigt eine Gesellschaft einen langen moralischen Dialog, in dessen Rahmen die Bürger in Millionen von Konversionen dem Wandel zustimmen. Ein solcher Mega-Dialog über die Zukunft des Sozialstaates findet heute in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern in großem Umfang statt, dieser Dialog hat jedoch nicht den richtigen Schwerpunkt und findet auf der falschen Ebene statt. Es geht dabei um den Umfang der Einschnitte, Kompensati-

onsmöglichkeiten und verwandte Wirtschaftsthemen. Die tieferliegende Frage lautet jedoch: was ist eine gute Gesellschaft?

Das Streben nach mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Flexibilität der Arbeitnehmer, niedrigeren Lohnkosten etc. impliziert, daß die gute Gesellschaft eine Gesellschaft des Materialismus und ausgeprägten Konsumdenkens ist, in der immer mehr Gegenstände und Dienstleistungen verbraucht werden, von denen viele Statussymbole nicht wirklich notwendig sind. Den Deutschen war jedoch immer bewußt, daß zu einem guten Leben mehr gehört als Konsumgüter. Sie schätzen die Gemeinschaft, Sicherheit, Freizeit, geselliges Miteinander und die Sorge für andere.

Das Konzept einer guten Gesellschaft muß in genau diesem Geist überdacht werden; man muß sich fragen, *ob marginale Güter umfangreiche soziale Opfer wert sind.*

Oder ist man bereit, sich mit einem Lebensstil zufriedenzugeben, der weniger kapital- und arbeitsintensiv ist, wenn man dafür mehr Freude an der Gemeinschaft, Gemeinschaftsdiensten, Zeit mit Kindern und Kunst haben kann, was manchmal als »freiwillige Einfachheit« bezeichnet wird? Es würde uns ermöglichen, weniger Stunden zu arbeiten, geringe Gehaltserhöhungen zu erhalten und trotzdem zufrieden, fröhlich und erfüllt zu leben. Ich kann nicht genug hervorheben, daß ich mich auf den privilegierten Teil der Gesellschaft beziehe, die höheren Einkommensschichten. Die Armen dazu aufzufordern, sich in ihrem Lebensstil einzuschränken, um so den Reichen zu erlauben, noch reicher zu werden, läßt sich nicht rechtfertigen. Denen, die im Wohlstand leben, kann man den abnehmenden Grenznutzen der neuesten Konsumgüter, der neuesten Mode und anderer teurer Statussymbole zeigen und sie auffordern, sich selbst und einander zu fragen, ob sie nicht in einer kommunitaristischen Existenz mehr Sinn finden könnten. Dieses Erkenntnis läßt sie die erforderlichen Änderungen im Sozialstaat sowie das damit einhergehende höhere Maß an Vertrauen auf eigene, gegenseitige und gemeinschaftliche Leistungen eher akzeptieren.